

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anstalten an. Die Anzeigen sind in den Anzeigen entgegengenommen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 23.

Abonnementpreis für das Erzgebirge: 1000 Mark, auswärtige 1100 Mark, halbjährlich 500 Mark, vierteljährlich 250 Mark. - Bei größeren Abnahmen entgegennehmbar. Postfach-Nr. 1000

№. 171 Mittwoch, den 25. Juli 1923 18. Jahrgang

Die Hintermänner der Politik Poincares.

Wer einen mit so vielen Opfern an Blut und Gut verbundenen Abwehrkampf führt wie das deutsche Volk jetzt an Rhein und Ruhr, der muß wissen, um was er kämpft. Frankreich beschuldigt Deutschland, es entziehe sich „böswillig“ seinen Verpflichtungen, die Politik Frankreichs habe nichts anderes im Auge als Zahlungen und Leistungen zu erzwingen. Und das vor allem für die zerstörten Gebiete, die heute noch durch die Schuld Deutschlands zum großen Teil in Trümmern liegen. Die Welt jedoch glaubt nicht mehr an dieses Argument. Sie sieht vielmehr, daß die Gewaltpolitik Frankreichs die Reparationsmöglichkeiten zerstört. Nicht die Sorge um den Wiederaufbau der Kriegsgebiete, sondern die Interessen der französischen Großindustrie sind die Triebkräfte der französischen Politik, der Politik Poincares. Die französische Industrie will Rhein- und Ruhrgebiet auf unbestimmte Zeitdauer besetzt halten und ausbeuten. Francois Delaisi, der Verfasser des Buches „La guerre qui vient“, ein ehemaliger hoher Beamter des französischen Kolonialministeriums, bemüht sich unentwegt, dem französischen Volk zu zeigen, daß die Schwerindustrie das Ruhrabenteuer bereitet in ihrem Interesse, aber nicht im Interesse des französischen Volkes. Er legt auseinander, welche ungeheure Gewinne die französische Schwerindustrie aus den deutschen Kohlelieferungen herausschlägt. Und er ist in der Lage den Nachweis für seine Behauptungen zu erbringen. Kohle kostete in Frankreich im Jahre 1922 90 Fr. die Tonne. Deutschland wurde für seine Kohlelieferungen jedoch nur der deutsche Inlandspreis = 31,70 Fr. gutgeschrieben. Das heißt: der Gutskurs von 1,4 Milliarden Franken die Deutschland erhielt, stand für den gleichen Zeitraum ein Verkaufserlös von 2,6 Milliarden Franken gegenüber. Wenn nun der Gewinn von 1,2 Milliarden Franken der französischen Regierung zugute gekommen und für den Wiederaufbau verwendet worden wäre, so würde das schließlich, zumal von französischer Seite, zu rechtfertigen sein. Aber diese 1,2 Milliarden erhielt nicht die französische Regierung sondern sie kam in einen besonderen Reservefonds des Comité des Houillères, des Hüttenverbandes, das den Verkauf des Reparationskoffes in Händen hat. Und diese 1,2 Milliarden wurden aus diesem Fonds an die Großabnehmer, die indizierte Großindustrie als Rabatprämie verteilt. Von den Gewinnen der Großindustrie, die sie durch Verbilligung ihrer Produktionskosten infolge des billigen Kohles erzielt, soll hier gar nicht die Rede sein. Mit der Ruhrbesetzung trat eine Einigung in der Kohlelieferung ein. Die Großindustrie mußte Kohle aus England beziehen und bis 150 Fr. für die Tonne bezahlen. Das gute Geschäft hatte also aufgehört. Nichtsdestoweniger verharret die französische Politik bei ihren Besatzungsabsichten, weil sie bestimmt damit rechnen, daß früher oder später der deutsche Widerstand erlahmen und ihr dann das reiche Wirtschaftsgebiet als reife Frucht in die Hand fallen würde. Durch eine skrupellose Ausbeutung und Lohnpolitik würde dann der in der ersten Besatzungsperiode entstandene Gewinnanstieg wieder eingeholt werden.

Ein ähnliches Geschäft wie mit dem Reparationskoffe machten die französischen Hüttenbesitzer mit der deutschen Kohle. Auch diese wird zum deutschen Inlandspreis Deutschland gutgeschrieben. Der Preis der Kohlen aus den französischen Gruben übersteigt den der deutschen Kohle bei weitem und ebenso den der englischen in die französischen Häfen gelieferten Kohlen. Das Nationalbüro der Kohlengruben konnte durch die Lieferung der billigen deutschen Reparationskohle ein System der Preisregulierung einführen, durch welches es die Kohle in Frankreich zu einem Mittelpreis zwischen den französischen und deutschen Preisen verkauft. Was es an den ersten verliert, gewinnt es an den folgenden und es kann auf diese Weise der Industrie, den Eisenbahnen Kohlen zu Preisen verkaufen, die erheblich unter den Beschaffungskosten der französischen Kohle liegen. Nebenbei hat das französische Hüttenyndikat deutsche Reparationskohle, die das Land nicht verbrauchte, verkauft und einen doppelten hohen Preis dafür erhalten, als Deutschland gutgeschrieben wurde.

Den größten Nutzen von den billigen deutschen Kohlen- und Kohlelieferungen hat neben dem Hütten- und Eisenyndikat. Diese Syndikate vor allem haben den Ruhrstreik veranlaßt und treiben Poincare zur Fortsetzung der Gewaltpolitik an, bis Deutschland „kapituliert“. Daß diese Gewaltpolitik mit dem Wiederaufbau der Kriegsgebiete nichts zu tun hat, ist aus allem ohne weiteres ersichtlich. Auch ist es klar, was Deutschland zu erwarten hat, wenn es sich den französischen Forderungen unterwirft.

Baldwin über Weltfrieden und Reparationen.

Im Unterhaus erklärte bei der Abrüstungsdebatte Baldwin, der Ernst der gegenwärtigen Lage könne gar nicht übertrieben werden. Europa sei noch immer ein bewaffnetes Lager, in welchem sich mehr Leute unter den Waffen befinden als 1914 bei Kriegsausbruch. England müsse der Welt beweisen, daß es wirklich meine, was es sage. Eine Abrüstung sei nur möglich, wenn sich die Mächte zusammenschließen. Der Staatssekretär für Luftfahrt Hoare verteidigte die Luftpolitik der Regierung, indem er ausführte, die Verstärkungen durch Luftangriffe würden heute hundertmal schlimmer sein als im letzten Kriege. Deshalb könne es sich keine Regierung leisten, ihr Land von aller Luftverteidigung zu entblößen. Was die Abrüstung im allgemeinen betreffe, so müsse der materiellen die moralische folgen. Der Vorschlag, die Frage der Abrüstung durch gegenseitige Garantievorschläge zu fördern, schließe die Gefahr in sich, daß man zu dem alten Regime, der Gruppierung von Mächten, zurückkehre. Indessen werde auch diese Möglichkeit von der Regierung ohne Voreingenommenheit geprüft werden. Nach längerer Debatte ergriff Baldwin nochmals das Wort und erklärte, der Traum eines allgemeinen Friedens sei schon Jahrhunderte alt. Die Regierung glaube, daß der Versuch, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine internationale Konferenz einzuberufen, keinen Erfolg haben würde. Bevor man an dieses Problem herantrete, müsse erst das Reparationsproblem und die Frage der Sicherheiten geregelt sein. Es bestehe keine Aussicht darauf, daß Frankreich eine günstige Antwort erteile, bevor es ein Ergebnis in der Frage der Reparationen und Sicherheiten erreicht habe. Das erste, was die Regierung tun müsse, sei die Reparationen in Ordnung zu bringen.

Lloyd George kritisiert Baldwins Politik.

Lloyd George sagte auf einem ihm zu Ehren gegebenen Fest, es sei zweifelhaft, ob ein unparteilicher Beobachter später der Ansicht sein werde, daß der Wechsel der Regierung England zugute gekommen sei. Die Koalitionsregierung habe es wenigstens fertiggebracht Poincare neun Monate an der Befestigung des Ruhrgebietes zu hindern, einer Handlung, die das wirtschaftliche Leben ganz Europas in Verwirrung gebracht habe. Das Programm der neuen Regierung sei engere Freundschaft mit Frankreich gewesen. Offenbar sei aber die Entente geschwächt worden. Mit der Türkei habe England einen Frieden abgeschlossen, wie er demütigender von England nie unterzeichnet worden sei. Was die Ruhrfrage betreffe, so werde England, das ein vitales Interesse daran habe, nicht einmal um seine Meinung befragt. Poincare besuche Theunis und Theunis Poincare, aber Englands Ansichten würden nicht eingeholt.

Belgiens Stellung zur englischen Note.

Der belgische Ministerrat beschloß sich mit den von der englischen Regierung übermittelten Dokumenten zur Reparationsfrage. Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ will trotz völliger Geheimhaltung über den Verlauf des Ministerrats folgende fünf Thesen aufstellen in der Lage sein, die den Standpunkt des belgischen Kabinetts kennzeichnen: 1. im englischen Entwurf sind gute Dinge neben schlechten festzustellen; 2. die englischen Dokumente verschließen die Tür für weitere Verhandlungen nicht; 3. was die Ruhrfrage betrifft, wird Belgien sich nicht in einer so strengen Weise an Frankreich für gebunden erachten.

Es muß die Gelegenheit gesucht werden, Amerika an die Seite der Alliierten zu bringen. Der Gedanke die Beurteilung der Finanzlage Deutschlands einem unparteilichen, rein beratenden, von einem Amerikaner präsierten Ausschuss zu überweisen, darf also nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Ein neuer deutscher Reparationsplan

Der Korrespondent der „Daily News“ in Berlin meldet, die deutsche Regierung habe dem Foreign Office mitgeteilt, sie lege gegenwärtig die letzte Hand an einen neuen Entschädigungsplan, in dem besonders die Frage der Garantien eingehend behandelt wird.

Wie der Berliner Korrespondent der „Daily News“ meldet, teilte die deutsche Regierung der englischen Regierung mit, daß zwischen der Reichsregierung und den Industriellen, den Bankiers und den Landwirten in diesem Augenblick Verhandlungen über die von Deutschland zu leistenden Garantien auf das deutsche Entschädigungsangebot geführt würden. Der deutsche Garantieplan sei fertiggestellt. Er betreffe eine innere Goldanleihe sowie Steuerzahlung auf Goldgrundlage für Erbschaften

und Immobilien, Erhöhung der Ausfuhrabgabe und der Einkommensteuer, die das Einkommen des vorjährigen Betrages ausmachen soll, eine Sondersteuer für Automobile und Bewilligung von Krediten durch die Reichsbank auf Goldgrundlage.

Revisionsverfahren gegen Krupp Mitte August.

Nach einer Meldung des „Journal“ wird die Revisionsverhandlung im Krupp-Prozess vor dem Pariser Kassationsgerichtshof am 10. August stattfinden können. Den Vorsitz führt Boutloche, als Offizialvertreider fungiert Coutard. Die einzige Frage um die es sich vor dem Kassationsgerichtshof handeln wird, ist die über die Zuständigkeit des Kriegsgerichts, welches das erste Urteil gefällt hat. Wie das „Journal“ andeutet, wird die Revisionsverhandlung einen neuen Gesichtspunkt für die Beurteilung bedeuten, die damit alle Rechtsmittel erschöpft haben, und deren Beurteilung damit endgültig werden wird. Es wird allgemein angenommen, daß der Oberste Pariser Gerichtshof kein anderes Urteil fällen wird als das am 22. März, wo in einer Verhandlung über ein Urteil gegen Thibben ebenfalls die Zuständigkeit des Kriegsgerichts in Mainz anerkannt wurde. Nach dem Spruch des Revisionsgerichts, Hofes werden Krupp und seine Direktoren in französische Gefängnisse übergeführt werden.

Ramsay Macdonald propagiert Abrüstung.

Im Unterhaus brachte am Montag der Arbeiterführer Ramsay Macdonald unter lauten Beifall seiner Parteifreunde eine Entschleunigung zugunsten der Abrüstung ein, die besagt, das Unterhaus beklage die riesigen und zunehmenden Ausgaben für die Streitkräfte zur See und in der Luft und andere militärische Vorbereitungen, welche den Wiederbeginn des Rüstungswettbewerbes bedeuten und Mittel verbrauchten, die für Unterricht, Gesundheitswesen und ähnliche soziale und humane Zwecke verwendet werden könnten. Die Resolution erinnert an die Versprechungen der politischen Führer und an die Erwartung der Nation, daß der große Weltkrieg der letzte Krieg gewesen sein solle, und fordert die Regierung auf, unverzüglich Schritte zu tun, um eine internationale Konferenz einzuberufen, damit diese ein Programm nationaler Sicherheiten erwäge, das von der Grundlage ausgehen hätte, daß Frieden und Freiheit der großen und kleinen Nationen nur durch Abrüstung gesichert werden könne. Macdonald erklärte in der Begründung, es sei tief beklagenswert, daß die Ausgaben, die der Vorbereitung des nächsten Krieges dienen, einen so riesigen Umfang angenommen hätten. Je mehr eine Nation für Verteidigungszwecke ausbe, umso mehr vernachlässige sie die moralischen und sozialen Pflichten. 1914/15 hätten die politischen Führer zum Eintritt in das Meer aufgefordert, um mit dem Kriege ein Ende zu machen. Solch dies Versprechen nicht gehalten werden?

Der Frieden im Orient.

In einer feierlichen Schlussitzung wurde gestern nachmittag in der Aula der Lausanner Universität der Friedensvertrag zwischen der Türkei einerseits, England, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland und Rumänien andererseits unterzeichnet und gleichzeitig die Unterzeichnung der dem Vertrag beigelegten Abkommen, Protokolle und Erklärungen vorgenommen. Die Sitzung, an der die ausländischen und Lausanner Behörden, Parlamentsvertreter und die Presse teilnahmen, wurde um 3,10 Uhr durch den schweizerischen Bundespräsidenten Scheurer, der von den Bundesräten Guhard und Schulthes begleitet war, eröffnet.

Der Bundespräsident forderte die Bevollmächtigten zur Unterzeichnung der 18 diplomatischen Schriftstücke zu schreiten. Als erste unterzeichneten die drei türkischen Bevollmächtigten, Ismed Pascha, Niza Kuri Bei und Hassan Bei, dann für England Sir Horace Rumbold, für Frankreich General Belle, für Italien, Garenti, für Griechenland Kehlhelos, für Japan Hayashi, für Rumänien Diamandi, für Bulgarien Krovoff und Stanzloff. Der belgische und der portugiesische Vertreter unterzeichneten darauf die Abkommen, die ihre Länder betreffen. Der Unterzeichnungsdauer eine halbe Stunde. Der jugoslawische Vertreter beteiligte sich, obwohl er der Sitzung beiwohnte, nicht an der Unterzeichnung. Ismed Pascha unterzeichnete mit einer Feder, die ihm Mustafa Kemal Pascha eigens zu diesem Zwecke gesandt hatte.

In seiner Rede zur Schlussitzung der Lausanner Konferenz führte Bundespräsident Scheurer aus, der Schweiz sei es verdammt gewesen, die Konferenz von ihrem Anfang bis zum jetzt erfolgten glücklichen Abschluß zu beherbergen. Der Bundespräsident dankte den Vertretern aller Mächte für die der Schweiz damit erwiesene Ehre. Die Schweizer wünschten die Erfahrung die großer Schwierigkeiten in der Verständigung der Sprache, Rasse und des Glaubens, sie wählten aber auch das trotz dieser Verschiedenheit es möglich sei, in Frieden und Freundschaft zu leben.

Der Bundespräsident hob weiter die Bedeutung der Abklärung des nahen Ostens für die Entwicklung der gesamten Abklärung hervor und schloß mit dem Wunsch, daß der heutige Tag, an welchem die Kämpfenden die Waffen niedergelegten, der Anfang einer wahren Friedensarbeit werden möge. Die Bevollmächtigten beschlossen, keine Reden zu halten. Die Reden

Telegamm...
Kauf...
Möbel...
Arbeiten...
en Sie...
Lofen...
er Hund...
material...
Friedr.